

Zusammenfassung des

Reichtums- und Armutsbericht für den Hochtaunuskreis

Dr. Alexander Dietz,

Referent für Gesellschaftliche Verantwortung
in den Evangelischen Dekanaten Bad Homburg
und Usingen

November 2005

Bestellung des Berichtes (9,90 €):
Evangelisches Dekanat Hochtaunus
Heuchelheimer Straße 20
61348 Bad Homburg
Fax: 06172-308866
E-Mail: gesell.verantwortung@ev-dekanat-badhomburg.de

Statistisch gesehen schneidet der Hochtaunuskreis im Blick auf die Quote der Sozialhilfe- und Arbeitslosengeld-II-Empfänger sehr gut ab. Infolge der Hartz-IV-Reform und den damit verbundenen Umstrukturierungen sind die aktuellen Zahlen allerdings schwer zu fassen und nicht mit denen der Vorjahre zu vergleichen. Die vergleichsweise guten Quoten dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass viele einzelne Menschen real von Arbeitslosigkeit betroffen sind und damit in sehr vielen Fällen auch von Armut (d.h. mangelhaften Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe). Konkrete Probleme entstehen im Augenblick beispielsweise durch die Schließung des Milupa-Stammwerkes in Friedrichsdorf. Eine neue Dimension von Gefährdung des ersten Arbeitsmarktes entsteht durch die Ein-Euro-Jobs.

Bei Arbeitslosen ist die Suchtgefahr besonders hoch, die Zahl der Menschen, die Hilfe bei ihren Suchtproblemen suchen, wächst. Ebenso hat die Überschuldung im Hochtaunuskreis in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Landwirte und ihre Familien sind infolge der strukturellen Umbrüche schon seit längerem starken Belastungen ausgesetzt. Auch die prekäre Lage vieler alter und behinderter Menschen ist ein gesellschaftliches Problem, das am Hochtaunuskreis nicht vorübergeht.

Von Armut betroffene Menschen fühlen sich im reichen Hochtaunuskreis häufig in besonderem Maße gesellschaftlich ausgegrenzt. Ihre Situation wird tabuisiert, ihre Probleme nicht wahrgenommen. Die Kluft zwischen dem gesellschaftlichen Standard und ihrer Lebenssituation ist größer als in weniger reichen Kreisen. Gleichzeitig sind Vorurteile gegen weniger leistungsfähige Menschen größer und ökonomisches Leistungs- und Prestigedenken ausgeprägter. Mitunter spiegelt sich diese Haltung auch im rigiden Umgang von Behörden mit Betroffenen. Aber auf der anderen Seite gibt es in vielen Ämtern auch ausgesprochen hilfsbereite und motivierte Mitarbeiter, deren Engagement lediglich durch enge Vorgaben infolge knapper werdender Kassen bzw. sozial weniger sensibler Vorgesetzter gebremst wird. Positiv hervorzuheben ist die politisch weitsichtige Bereitschaft des Kreises, die durch hessische Sparpolitik entstandenen Finanzierungsengpässe einiger sozialer Einrichtungen und Angebote auszugleichen, z.B. bei der Schuldnerberatung. Auch die hohen Investitionen des Kreises in den Bildungssektor in den letzten Jahren sind prinzipiell positiv zu würdigen, wenn gleich die insbesondere dadurch notwendig gewordene Erhöhung der Kreisumlage die Gemeinden in finanzielle Schwierigkeiten gebracht hat.

Drei Problembereiche sind immer wieder besonders deutlich geworden: Es gibt im Hochtaunuskreis (besonders im Vordertaunus) zu wenig günstigen Wohnraum, es gibt im Hochtaunuskreis (besonders im Usinger Land) noch keine flächendeckende, günstige Kinderbetreuung und die soziale Integration von Ausländern im Hochtaunuskreis muss noch verbessert werden.

Das Wohnungsproblem wurde öffentlich diskutiert, als die Kirchen zusammen mit dem Verein Ökumenische Wohnhilfe im Taunus die Aktion „Der Hochtaunus hält zusammen“ durchführten, um auf das Problem aufmerksam zu machen, das darin besteht, dass auf der einen Seite ALG-II-Empfänger unter Druck gesetzt werden, sich billigen Wohnraum zu suchen, während auf der anderen Seite faktisch kaum billiger Wohnraum im Kreis vorhanden ist. Das Angebot günstigen Wohnraums ist in den letzten Jahren immer knapper geworden und diese Entwicklung wird sich aller Voraussicht nach fortsetzen, da immer weniger Sozialwohnungen gebaut werden, immer mehr Sozialwohnungen aus der Sozialbindung fallen, weiterhin Menschen in den Kreis hinzuziehen, Kommunen zunehmend ihren Wohnungsbestand an private Investoren veräußern und die Gas- und Ölpreise weiter steigen.

Wie überall in Hessen sind auch im Hochtaunuskreis insbesondere viel zu wenige Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren vorhanden. Aber auch das Angebot für die Nachmittagsbetreuung von Grundschulkindern ist nicht bedarfsdeckend. Es ist zu hoffen, dass sehr ernsthaft an einer Umsetzung des neuen Tagesbetreuungsgesetzes des Bundes gearbeitet wird. Insbesondere für Familien mit geringem Einkommen und für allein erziehende Mütter ist ein solches Betreuungsangebot – und zwar bezahlbar und in der Nähe – wichtig. Insgesamt ist die Stimmung bei vielen Menschen im Hochtaunuskreis – insbesondere im Vordertaunus – nicht als kinder- und familienfreundlich zu bezeichnen.

Ausländer sind überproportional häufig von Arbeitslosigkeit und Armut betroffen. Die Lebensumstände von Flüchtlingen sind in vielen Fällen inakzeptabel. Aber auch bei vielen Migrantinnen, die schon lange in Deutschland leben, ist die soziale Integration bisher nicht gelungen. Mangelnde Sprachkenntnisse sind das größte Problem. Einen guten Schritt in die richtige Richtung bezüglich dieses Problems stellt das neue Zuwanderungsgesetz dar, das Sprachkurse für Neuzuwanderer vorsieht. Aber das ist nicht genug. Insbesondere für die Integration ausländischer Jugendlicher müssen verstärkt Anstrengungen unternommen werden, da einem erschreckend hohen Anteil von ihnen ein Schulabschluss und ein Übergang ins Berufsleben nicht gelingt. Wenn jetzt beispielsweise in eine flächendeckende professionelle Hausaufgabenbetreuung investiert würde, könnten später sehr hohe Folgekosten eingespart werden. Auch die Kirchen müssen die genannten gesellschaftlichen Herausforderungen wahrnehmen und überlegen, was sie konkret zu deren Überwindung beitragen können. Das kann z. B. bedeuten, verstärkt ausländische Mitbürger zu Gemeindeveranstaltungen einzuladen oder sich zu bemühen, Gelder – wenn es irgendwie möglich ist – nicht ausgerechnet im Bereich der Kinderbetreuung zu kürzen. Schließlich dürfen die Kirchen nicht darin nachlassen, sich für die Interessen der Armen sowohl im Verborgenen als auch öffentlich einzusetzen und auf die Anerkennung der Würde aller Menschen – unabhängig von ihrer sozialen Situation – zu dringen sowie auf das damit verbundene Recht auf ein menschenwürdiges Leben.